

VII Digitale / interaktive Medien

Claus Leggewie, Christa Maar (Hg.): Internet & Politik.

Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie

Köln: Bollmann 1998, 570 S., ISBN 3-89658-101-1, DM 49.80

Der Band dokumentiert die Ergebnisse des dritten internationalen Kongresses der Burda Akademie zum dritten Jahrtausend, der im Februar 1997 unter dem Titel

„Internet & Politik – Die Modernisierung der Demokratie durch die elektronischen Medien“ stattfand. Die 42 aufgegebenen Beiträge sind zu verschiedenen Themenblöcken gruppiert, u. a. „Netz der Netze“, „Demokratische Informationsgesellschaft“, „Netzpolitik“, „Der vernetzte Staat“ und „Das Netzvolk“. Sowohl die Wahl dieser 'beziehungsreichen' Überschriften als auch die 'vernetzende' Zuordnung der einzelnen Beiträge verhindern eine Struktur, die jeden Themenblock als in sich geschlossen darbieten würde. Statt dessen ergeben sich immer wieder Verbindungen zwischen den Texten der verschiedenen Schwerpunkte, die im weiteren durch einen umfangreichen Einführungstext von Claus Leggewie in systematischen Zusammenhang gestellt werden.

Der einführende Text faßt nicht nur die dargebotenen Hauptaspekte zusammen, sondern möchte bezüglich des Komplexes Internet und Politik auch die künftige Marschrichtung vorgeben: Nach den kultur- und politikpessimistischen Debatten, den „Kassandra“-Rufen und Heilsversprechen „falscher Propheten“ und einer „post-modernen Kulturkritik“, deren „pseudo-philosophisches Niveau“ (S.18) den Gegenstand verfehlt habe, sei nun die Zeit gekommen für „empirische, wirklichkeitsbezogene Analysen“ jenseits übertriebener Hoffnungen und Befürchtungen. Die Kampfansage realisiert sich durch die Dominanz politik- und wirtschaftswissenschaftlicher, technischer und pragmatischer Perspektiven. Dementsprechend zeichnen sich u. a. folgende „Herausforderungen“ (S.9) ab: Erstens konstituiert das weltumspannende Medium – wider geographische Grenzen, nationale Institutionen und klassische politische Öffentlichkeiten – fragmentierte, tendenziell globalisierte und temporäre Gemeinschaften, so daß sich das Problem stellt, wie sich solche neuen Gemeinschaftsformen begrifflich fassen und definieren lassen. Zweitens stellt sich unter der angegebenen Lösung, daß nicht bei der Technologie, sondern bei der Politik angefangen werden müsse, die Frage nach der Regulation des Internets. Soll das Netz der Netze dem freien Markt und somit den Gefahren zunehmender Kommerzialisierung und Monopolisierung ausgesetzt werden? Oder sollen staatliche Instanzen regulierend in die Dynamik des Wettbewerbs eingreifen? Garantiert der staatliche Eingriff die Entwicklung neuer Formen direkter Demokratie oder verhindert er diese überhaupt erst? Hieran schließt sich drittens die Frage nach den zivilgesellschaftlichen Kräften und Instanzen und ihren Kontrollpotentialen an. Wobei den europäischen, von Parteien dominierten Ländern im Vergleich zu den USA und ihrem politischen System zivilgesellschaftliche Defizite zugewiesen werden, die der Entwicklung des Internets hin zu einem vernetzten Bürgerinformationssystem im Wege stehen würden. Viertens wird nach Möglichkeiten der elektronischen Demokratie gefragt. Diskutiert werden nicht nur die Möglichkeiten und Grenzen des *televotings*, sondern auch die Idee der Beteiligungsdemokratie: Die Meinungs- und Willensbildung könne in der Informationsgesellschaft u. a. strukturiert werden durch die Bereitstellung abrufbarer und vielfältigerer Informationen, die elektronische Transparenz staatlicher Institutionen, die Einrichtung virtueller transnationaler Diskussionsforen und die interaktive Ausrichtung von Bür-

ger- und Parteiversammlungen. Daß diesen Visionen das Problem des allgemeinen Zugangs zum Internet, die begrenzten Zeitkapazitäten der User/innen und die physischen Grenzen der Aufnahmefähigkeit gegenüberstehen, findet vereinzelt Erwähnung, wird jedoch nicht ausführlich zur Diskussion gestellt. Öfters beklagt wird dagegen das Fehlen wirklicher Interaktivität im Netz, da die meisten Angebote lediglich auf eine Präsentation und Sichtbarkeit im Internet zielen. Um diesen Defiziten zu begegnen, werden auf den letzten vierzig Seiten des Sammelbandes wegweisende Internetprojekte vorgestellt und eine Liste von *homepages* wichtiger politischer Akteure aufgeführt.

Der Band enttäuscht erstens dadurch, daß er nur einen explizit medientheoretisch fundierten Beitrag zum Internet aufweist. Zweitens in seiner Entscheidung für einen engeführten Begriff von Politik, der scheinbar nicht erlaubt, den Komplex Internet und Politik beispielsweise in feministischer Perspektive zu betrachten, und der im weiteren kein philosophisch und theoretisch geprägtes Querdenken gegenüber den eingebrachten Begriffen und Kategorien zuzulassen scheint. Der Kampfansage wäre kämpferische Vernetzung vorzuziehen gewesen. Rainer Rilling analysiert *links* als diskursive Strategien, die Kontexte determinieren und die Verteilung von Sichtbarkeit, Aufmerksamkeit und Anerkennung im Internet strukturieren. Diese politischen und wirkmächtigen Effekte gelten sicher auch für traditionellere Verweisstrukturen, wie sie beispielsweise durch Kongresse und in Sammelbänden gegeben sind.

Matthias Thiele (Dortmund)